

Nahostquartett und EU-Erweiterung

Blaesheim-Treffen in Paris, 25. August 2006

Staatspräsident Jacques Chirac und Bundeskanzlerin Angela Merkel kamen am 25. August 2006 in Paris zu einem der regelmäßigen, informellen Blaesheim-Treffen zusammen. Jacques Chirac äußerte sich in der gemeinsamen Pressekonferenz zu den im Einzelnen behandelten Themen.¹

„Bei unseren Gesprächen haben wir zuerst die internationalen Probleme behandelt. Diese betreffen unter anderem Nahost, insbesondere natürlich Libanon und die Verstärkung der Unifil-Truppe mit ihren Land- und Seeinheiten, so dass ein israelischer Rückzug möglichst schnell und die Stationierung der libanesischen Armee im Südlibanon möglichst effizient erreicht werden kann. Ich habe Frau Bundeskanzlerin Merkel die französische Haltung diesbezüglich dargestellt.

Wir haben über den israelisch-palästinensischen Konflikt, vor allem über die Situation im Gaza-Streifen, gesprochen, wo die israelische Blockade sehr beunruhigend und es notwendig ist, die Beschlüsse der EU bezüglich der humanitären Hilfe umzusetzen, da das Risiko einer schweren humanitären Katastrophe besteht. Auf Initiative der Kanzlerin haben wir über die Notwendigkeit der Wiederbelebung des Nahostquartetts gesprochen und dieser auch vollständig zugestimmt. Ich habe meine Meinung dahingehend geäußert, dass die Verhaftungen von palästinensischen politischen Vertretern nicht das beste Mittel seien, um erneut Klima des Vertrauens und die Diskussionsfähigkeit zwischen den Parteien wiederherzustellen.

Ein weiteres Thema war Iran und dessen Antwort auf die ihm gestellten Fragen, insbesondere zu den von der Gesamtheit der internationalen Staatengemeinschaft geforderten Modalitäten zur eventuellen Aufhebung seiner sensiblen Aktivitäten. Wir haben darüber diskutiert, da die Antwort widersprüchlich ist.

Gegenstand der Gespräche waren außerdem die bevorstehenden Termine mit der Vorlage des Berichts des Generaldirektors der IAEO am 31. August und die Notwendigkeit, bis dahin eine Lösung zu finden.

Wir haben zudem über die wichtigsten europäischen Fragen diskutiert und dabei den wirtschaftlichen Aufschwung und das Wirtschaftswachstum, sowie dessen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sowohl in Deutschland als auch in Frankreich hervorgehoben. Das Wachstum wurde durch die Umsetzung der Reformen in unseren beiden Ländern erreicht.

Selbstverständlich haben wir auch über die europäische Politik der Projekte und insbesondere über die Energiepolitik gesprochen, was aber noch während des Mittagessens vertieft wird. Der Grund für diesen Schwerpunkt auf die Energiepolitik liegt in der heutigen Entwicklung zweier Ereignisse, nämlich des Anstiegs der Erdölpreise und der sehr ernst zu nehmenden Gefahren des Klimawandels. Dies verlangt, vor allem seitens Europas, eine kohärente und aktive Energiepolitik. Während der nächsten Sitzung des Europäischen Rates im Oktober werden wir nochmals die Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren. Die finnische EU-Ratspräsidentschaft hat sich im Übrigen glücklicherweise dazu entschieden, den russischen Präsidenten, Wladimir Putin, für das Arbeitsessen einzuladen.

Beim Mittagessen werden wir über unsere enge Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der notwendigen Reformen der Institutionen sprechen, die während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft durchgeführt werden müssen, und die wir möglichst tatkräftig unterstützen werden. Wir haben der finnischen Präsidentschaft unsere Unterstützung bei der Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Institutionen im Rahmen der bestehenden Verträge zugesagt. Weiterer Gegenstand unserer Gespräche war die Fortsetzung der Debatte zur Aufnahmefähigkeit der EU, welche auf Initiative Frankreichs hin im Juni auf dem EU-Gipfel eröffnet wurde, das heißt die Debatte

1 Quelle: Französische Botschaft, veröffentlicht am 28.8.2006.

über die Bestimmung der EU, sich zu erweitern: Unter welchen Bedingungen und unter welchen politischen, institutionellen oder finanziellen Kriterien soll die Erweiterung stattfinden?

Schließlich werden wir beim Mittagessen die Vorbereitung für den deutsch-französischen Ministerrat, der am 12. Oktober stattfinden und der sich dem Integrationsproblem und der

Chancengleichheit, sowie der wirtschaftlichen Kooperation und den nächsten Europawahlen widmen wird, besprechen.

Das waren im Großen und Ganzen die Themen unserer Gespräche, die wie immer zwischen Frankreich und Deutschland in einer – das möchte ich betonen – vertrauensvollen, von gegenseitigem Respekt und von Freundschaft geprägten Atmosphäre abliefen. [...]"

Jenseits der Symbole

Ein Kommentar zum jüngsten Blaesheim-Treffen²

„In den deutsch-französischen Beziehungen haben symbolische Gesten ihre Bedeutung. So war es auch kein einfacher Zufall, dass Jacques Chirac und Angela Merkel den 62. Jahrestag der Befreiung von Paris als Datum für ihre regelmäßigen Gespräche ausgewählt haben. [...] Das diesmalige Treffen in Paris gab Jacques Chirac und Angela Merkel die Möglichkeit, am Denkmal für General de Gaulle auf den Champs-Élysées gemeinsam einen Kranz niederzulegen. Die Geste erinnert an François Mitterrand und Helmut Kohl, Hand in Hand, 1984 in Verdun, oder an die Teilnahme deutscher Eurokorps-Soldaten an der Militärparade zum 14. Juli in Paris zehn Jahre später, oder auch an die Anwesenheit von Gerhard Schröder bei den Gedenkfeierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie im Jahr 2004.“

Die Symbole sind umso wichtiger, da die neuen Generationen die deutsch-französische Aussöhnung, die von den politischen Führungskräften und den Verantwortlichen der Zivilgesellschaft Mut verlangt hat, für eine vollendete Tatsache halten. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern erscheint dermaßen selbstverständlich, dass es nicht mehr nötig sei, sie instand zu halten oder zu pflegen. Eine andere überkommene Vorstellung besteht in der Annahme, das deutsch-französische Tandem hätte im erweiterten Europa nicht mehr dieselbe Bedeutung wie in der Vergangenheit. Es hat ohne

Zweifel nicht mehr dasselbe Gewicht, aber die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass ohne eine Abstimmung und um so weniger ohne einen Konsens zwischen Paris und Berlin die europäische Integration auf der Stelle tritt, wenn sie nicht sogar in Katzenjammer versinkt.

Die jüngsten Statistiken beweisen, wenn dies denn nötig war, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern so eng miteinander verknüpft sind, dass die schlechte Wirtschaftslage des einen direkte Auswirkungen auf den anderen hat. Dasselbe gilt, wie momentan, für Wachstumsaussichten.

Nach jedem Regierungswechsel in einem der beiden Länder müssen sich die politischen Führungskräfte an ihre neuen Ansprechpartner gewöhnen. Das war schon immer so. Angela Merkel, die Kanzlerin aus dem Osten, hatte ohne Zweifel keine besondere Affinität zu Frankreich. Ihr Vorgänger, Gerhard Schröder, ebenso wenig. Es hat einige Jahre gedauert, bis er verstanden hatte, dass die deutsche Politik in großen Teilen von ihren Beziehungen zu Frankreich abhängt. Frau Merkel hat dies schnell verstanden. Diese Erkenntnis verhindert keine unterschiedlichen Sichtweisen, ob es um die Europäische Verfassung geht, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten oder den Nahost-Konflikt. Aber sie bedeutet, jenseits der Symbole, einen beständigen politischen Dialog.“

2 Quelle: „Paris–Berlin“. In: *Le Monde*, 27./28.8.2006. Übersetzung: Silke Stammer.